

## Nr. 74 (XLV) Allgemeiner Beschluss zum internationalen Rechtsschutz<sup>1</sup>

### *Das Exekutiv-Komitee*

- a) *drückte* seine tiefe Besorgnis *aus* über das unsägliche menschliche Leid und die vielen Todesfälle, die die jüngsten Krisen begleiteten, und die Flüchtlingsströme und andere Formen von Vertreibungen, die diese mit sich brachten;
- b) *beschäftigte* sich weiterhin intensiv mit dem Ausmaß und der Komplexität der gegenwärtigen Flüchtlingsproblematik, die die Verwirklichung der wichtigen Funktionen der Hochkommissarin, internationalen Rechtsschutz für Flüchtlinge zu gewährleisten und rechtzeitige und dauerhafte Lösungen für ihr Leid zu finden, schwieriger werden ließen;
- c) *bestätigte* die zentrale Bedeutung des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge als Eckpfeiler des internationalen Systems zum Rechtsschutz der Flüchtlinge und unterstrich die Rolle der Hochkommissarin, gemäß den Artikeln 35 und 11 dieses Abkommen und gemäß dem Mandat ihres Amtes deren Ausführung zu überwachen;
- d) *begrißte* den im letzten Jahr erfolgten Beitritt bzw. die Nachfolge Dominicas, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Tadschikistans zu diesen Abkommen, womit sich die Anzahl der Staaten, die Vertragsparteien eines oder beider dieser Abkommen sind, auf 127 erhöhte, und stellte fest, dass die Anzahl der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen mittlerweile 189 beträgt, und ersuchte angesichts des globalen Charakters der Flüchtlingsproblematik jene Staaten, die noch nicht Vertragsparteien sind, diesen Abkommen beizutreten, und alle Staaten, diese vollständig umzusetzen.

---

<sup>1</sup> Dokument Nr. 12 A (A/49/12/Add.1)

e) *begrüßte* sehr die von den Staaten gezeigte Bereitschaft, weiterhin in Zusammenarbeit mit UNHCR Flüchtlinge aufzunehmen, sie zu beherbergen und für ihren Rechtsschutz zu sorgen;

f) *mißbilligte* die Tatsache, dass Flüchtlinge wie auch Rückkehrer und andere unter der Obhut von UNHCR stehende Personen in bestimmten Situationen bewaffneten Überfällen, Mord, Vergewaltigung und anderen Beeinträchtigungen oder Bedrohungen ihrer persönlichen Sicherheit oder anderer grundlegender Rechte ausgesetzt sind und dass Fälle von *refoulement* und Verweigerung des Zugangs zu Sicherheit vorgekommen sind;

g) *forderte* die Staaten erneut *auf*, das Asylrecht als ein unverzichtbares Instrument für den internationalen Rechtsschutz von Flüchtlingen aufrechtzuerhalten und zu stärken, die grundlegenden Prinzipien des *non-refoulement* gewissenhaft zu beachten und jegliche Anstrengung zu unternehmen, die Sicherheit und das Wohlergehen von Flüchtlingen innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches zu gewährleisten;

h) *betonte* die Bedeutung von internationaler Solidarität und Lastenverteilung bei der Verstärkung des internationalen Rechtsschutzes von Flüchtlingen, und forderte alle Staaten auf, in Zusammenarbeit mit UNHCR aktiv an den Bemühungen teilzunehmen, Länder – insbesondere jene mit begrenzten Ressourcen –, die einer großen Anzahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden Aufnahme gewährt haben und deren Versorgung ermöglichen, zu unterstützen;

i) *wiederholte*, welche Bedeutung es hat, allen internationalen Rechtsschutz suchenden Personen Zugang zu fairen und effizienten Verfahren zur Feststellung ihrer Flüchtlingseigenschaft oder gegebenenfalls anderer Mechanismen zu garantieren, um sicherzustellen, dass auf internationalen Rechtsschutz angewiesene Personen identifiziert werden und ihnen Rechtsschutz gewährt wird;

j) *erkannte an*, dass Asylanträge einer großen Anzahl von irregulären Migranten ohne berechtigten Anspruch auf internationalen Rechtsschutz in bestimmten Regionen weiterhin ein ernsthaftes Problem darstellen, und wiederholte in diesem Zusammenhang seinen Beschluss Nr. 71 (XLIV) (1993), Absätze j, k und l;

k) *nahm zur Kenntnis*, dass eine große Anzahl der auf internationalen Rechtsschutz angewiesenen Personen als Folge von lebens- oder freiheitsbedrohenden Konfliktsituationen zur Flucht gezwungen wurden oder dazu, außerhalb ihres Herkunftslandes zu bleiben;

(l) *erkannte an*, obwohl Personen, denen es infolge von Konfliktsituationen nicht möglich ist, sicher in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, nach den jeweiligen Umständen als Flüchtlinge im Sinne des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 angesehen werden können oder nicht, dass diese Personen dennoch häufig auf internationalen Rechtsschutz, humanitäre Unterstützung und eine Lösung für ihr Leid angewiesen sind;

(m) *erinnerte* daran, dass UNHCR von Seiten der Generalversammlung der Vereinten Nationen häufig aufgefordert worden ist, Rechtsschutz und Unterstützung auf Personen auszuweiten, die infolge von Konfliktsituationen gezwungen wurden, außerhalb ihres Herkunftslandes Zuflucht zu suchen, und ermutigte die Hochkommissarin, in Übereinstimmung mit den relevanten Resolutionen der Generalversammlung weiterhin internationalen Rechtsschutz für solche Personen zu schaffen und Lösungswege für die Probleme zu suchen, die aus deren Vertreibung herrühren, und forderte alle Staaten auf, die Anstrengungen der Hochkommissarin hierzu zu unterstützen;

(n) *erkannte an*, dass in Afrika und Lateinamerika regionale Abkommen Rechtsschutz für Flüchtlinge anbieten, die vor bewaffneten Konflikten und inneren Unruhen fliehen, sowie auch für jene Personen, die Verfolgung fürchten, und dass in anderen Regionen Personen, die internationalen Rechtsschutzes bedürfen, jedoch entweder nicht als Flüchtlinge im Rahmen des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 angesehen werden oder sich in Ländern befinden, die diesen Abkommen nicht beigetreten sind, in der Regel Rechtsschutz und humanitäre Hilfe in Form von spezifischen staatlichen Maßnahmen und in enger Zusammenarbeit mit UNHCR erhalten;

(o) *erkannte an*, dass es wünschenswert ist, weitere Maßnahmen zu untersuchen, um für alle Personen [internationalen Rechtsschutz zu gewährleisten], die ihn benötigen;

(p) *erkannte* die Bedeutung einer regionalen Harmonisierung nationaler Praktiken, um sicherzustellen, dass Personen, die internationalen Rechtsschutzes bedürfen, diesen tatsächlich erhalten, und forderte die Staaten auf, auf regionaler Ebene UNHCR zu Rate zu ziehen, um dieses Ziel zu erreichen;

(q) *ermutigte* die Hochkommissarin, weiterhin die internationale Zusammenarbeit in der Bereitstellung internationalen Rechtsschutzes für alle ihn benötigenden Personen zu fördern und sich an weiteren Beratungsgesprächen und Diskussionen bezüglich Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Zieles zu beteiligen; dies könnte die Ausarbeitung von Richtlinien, einschließlich solcher für eine gemeinsame Aktion, beinhalten;

(r) *war der Meinung*, dass vorübergehender Schutz, der von der Hochkommissarin im Rahmen der umfassenden Reaktion auf die humanitäre Krise im ehemaligen Jugoslawien beschrieben wurde und danach den Zugang zu Sicherheit, den Respekt vor den elementaren Menschenrechten, den Schutz vor *refoulement* und eine sichere Rückkehr, wenn die Bedingungen diese zulassen, in das Herkunftsland einschließt, als pragmatische und flexible Methode nützlich sein kann, um vorübergehenden internationalen Rechtsschutz in Konflikt- oder Verfolgungssituationen, die mit Massenfluchtbewegungen einhergehen, zu gewähren;

(s) *begrüßte* die Weiterentwicklung des vorübergehenden Schutzes als Asylstrategie durch die Hochkommissarin gemäß dem Beschluss über Rechtsschutz (m) von 1993, insbesondere bei der Bewältigung der Präventions-, Rechtsschutz- und Lösungsproblematik auf einer umfassenden regionalen Grundlage, und sieht den weiterführenden Diskussionen über dieses Thema, einschließlich der Dauer von vorübergehendem Schutz, zwischen interessierten Regierungen erwartungsvoll entgegen;

(t) *nahm zur Kenntnis*, dass vorübergehenden Schutz sowohl Personen in Anspruch nehmen können, die unter den Bedingungen des Abkommens von 1951 und des Protokolls von 1967 als Flüchtlinge gelten, als auch andere Personen, die unter diesen Abkommen nicht als solche angesehen werden, und dass bei der Gewährung von vorübergehendem Schutz der Rechtsschutz, der Flüchtlingen durch diese Abkommen geboten wird, von den Staaten und UNHCR nicht verringert werden sollte;

(u) *forderte UNHCR auf*, in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Regierungen weiterhin die Umsetzung vorübergehenden Schutzes und anderer Formen des Asylrechtes, die auf Repatriierung ausgerichtet sind, zu koordinieren und Richtlinien anzubieten in Situationen, in denen die Rückkehr in das Heimatland als die angemessenste dauerhafte Lösung gilt, einschließlich einer Beratung über freiwillige Repatriierung und über eine sichere Rückkehr, nachdem kein Bedarf nach internationalem Rechtsschutz mehr besteht;

(v) *wiederholte*, dass freiwillige Repatriierung, soweit durchführbar, die ideale Lösung der Flüchtlingsproblematik ist und forderte die Herkunftsländer, die Zufluchtsländer, UNHCR und die internationale Gemeinschaft als Ganzes auf, im Rahmen des Möglichen alles zu unternehmen, um es den Flüchtlingen zu ermöglichen, ihr Recht, in Sicherheit und Würde nach Hause zurückzukehren, frei auszuüben;

(w) *nahm zur Kenntnis*, dass freiwilliger Repatriierung zahlreiche Hindernisse im Wege stehen, einschließlich der Bedrohung der Sicherheit der heimkehrenden Flüchtlinge sowohl in den Zufluchtsländern als auch in den Herkunftsländern und der Fortdauer oder des Wiederausbruchs von Verhältnissen, die Flüchtlingssituationen verursachen;

(x) *betonte* in diesem Zusammenhang die Verantwortung der Herkunftsländer, ihre Staatsangehörigen wieder aufzunehmen und deren Sicherheit und Wohlergehen zu garantieren, und die Verantwortung der Asylländer, die Sicherheit der Flüchtlinge zu gewährleisten und deren Grundrechte zu schützen, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, den Staaten bei der Erfüllung dieser Verantwortung bezüglich der Flüchtlinge und Rückkehrer beizustehen;

(y) *bestätigte* seine Beschlüsse Nr. 18 (XXXI) (1980) und 40 (XXXVI) (1985) über freiwillige Repatriierung und unterstrich die führende Rolle, die UNHCR bei der Förderung, Ermöglichung und Koordinierung von freiwilliger Repatriierung von Flüchtlingen zusammen mit den betroffenen Staaten einnimmt, einschließlich der Gewährleistung, dass internationaler Rechtsschutz weiterhin denjenigen gewährt wird, die seiner bedürfen, bis sie in Sicherheit und Würde in ihr Herkunftsland zurückkehren können,

und, wo benötigt, der Hilfe bei der Rückkehr und Reintegration der Rückkehrer und der Überwachung ihrer Sicherheit und ihres Wohlergehens bei der Rückkehr;

(z) *anerkannte*, unter geeigneten Umständen, den Nutzen von Besuchen von Repräsentanten der Herkunftsländer in Flüchtlingslagern der Asylländer im Rahmen von Informationskampagnen, um die freiwillige Repatriierung zu fördern, und ersuchte UNHCR, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Zufluchtsländern solche Besuche zu ermöglichen;

(aa) *erkannte an*, dass es wesentlich ist, das Bedürfnis nach Rehabilitation, Wiederaufbau und nationaler Versöhnung in einer umfassenden und effektiven Art anzugehen, damit die Repatriierung eine nachhaltige und somit wirklich dauerhafte Lösung der Flüchtlingsproblematik wird, und forderte die internationale Gemeinschaft auf, weiterhin die Bemühungen der Hochkommissarin zu unterstützen, umfassende und regionale Ansätze zu Prävention, Rechtsschutz und Lösungen zusammen mit den Staaten und gegebenenfalls den zuständigen internationalen, regionalen und nationalen staatlichen und nichtstaatlichen Gremien zu fördern;

(bb) *bestätigte* die anhaltende Bedeutung geordneter Weiterwanderung als ein Instrument des Rechtsschutzes und ihrer Verwendung als eine dauerhafte Lösung unter bestimmten Umständen;

(cc) *betonte* die Notwendigkeit, besonders in komplexen Notsituationen, die humanitäre und den Frieden erhaltende Einsätze erfordern, den Respekt vor dem Rechtsschutzmandat der Hochkommissarin sicherzustellen und den unparteiischen und rein humanitären Charakter der Aktivitäten von UNHCR zu erhalten;

(dd) *wiederholte* gemäß der Resolution der Generalversammlung 48/116 (1993) seine Unterstützung der Aktivitäten der Hochkommissarin für innerhalb des eigenen Staates vertriebene Personen und drückte seine Anerkennung aus über die detaillierten und konstruktiven Diskussionen, die innerhalb des Unterausschusses für internationalen Rechtsschutz und in anderen Foren geführt wurden und zum Thema hatten, wie die internationale Gemeinschaft den Bedürfnissen Vertriebener nach Rechtsschutz und Unterstützung besser gerecht werden kann;

(ee) *nahm* mit Besorgnis die anhaltende Problematik von Staatenlosen in verschiedenen Regionen und das Entstehen neuer Fälle von Staatenlosigkeit *zur Kenntnis* und, in Anerkennung der Verantwortung, die der Hochkommissarin durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen bezüglich der Prävention von Staatenlosigkeit (Resolution der Generalversammlung 3274 (XXIX)) übertragen wurde, forderte UNHCR auf, seine Bemühungen auf diesem Gebiet zu verstärken; dies schließt die Förderung von Beitritten zu dem Übereinkommen über die Verminderung der Staatenlosigkeit und dem Übereinkommen über die Rechtsstellung der Staatenlosen, die Ausbildung von UNHCR-Personal und Regierungsbeamten und das systematische Sammeln von Informationen über das Ausmaß dieser Problematik mit ein; und forderte UNHCR auf, das Exekutiv-Komitee über diese Aktivitäten auf dem Laufenden zu halten;

(ff) *forderte* die Hochkommissarin *auf*, die aktive Teilnahme von UNHCR an der Weltfrauenkonferenz 1995 und ihrer regionalen Vorbereitungskonferenzen sicherzustellen, damit die Situation von Flüchtlingsfrauen an vorderer Stelle auf der internationalen Agenda über Frauenfragen bleibt;

(gg) *bat* UNHCR *eindringlich*, in Zusammenarbeit mit den Regierungen, anderen UN-Organisationen, internationalen und nichtstaatlichen Organisationen, insbesondere UNICEF und IKRK, seine Bemühungen fortzuführen, den Bedürfnissen von Flüchtlingskindern besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und besonders sicherzustellen, dass Vorkehrungen für deren sofortige und langfristige Versorgung, einschließlich Gesundheitsfürsorge, Ernährung und Ausbildung, und im Falle von Kindern, die von ihren Familien getrennt sind, Vorkehrungen für eine sofortige Registrierung, die Ausfindigmachung von Angehörigen und die Familienzusammenführung getroffen werden;

(hh) *forderte* die Staaten, die Flüchtlinge beherbergen, *auf*, in enger Zusammenarbeit mit UNHCR und anderen zuständigen Organisationen und entsprechend den UNHCR-Richtlinien betreffend Flüchtlingskinder die Sicherheit von Flüchtlingskindern zu schützen und zu garantieren, dass sie nicht vom Militär oder anderen bewaffneten Gruppen rekrutiert werden;

(ii) *nahm* mit Sorge zur Kenntnis, dass Flüchtlinge und Rückkehrer durch den willkürlichen Einsatz von Landminen verletzt und getötet werden, einschließlich Frauen und Kindern, die in großer Anzahl dadurch verstümmelt und zu Behinderten werden, und nahm auch die schädlichen und langfristigen Auswirkungen dieser Waffen auf die freiwillige Repatriierung, Rehabilitation und die Wiederaufnahme eines normalen Lebens von Millionen von Flüchtlingen und vertriebenen Personen mit Sorge zur Kenntnis und billigte die Bemühungen der Hochkommissarin, internationale Anstrengungen zu fördern, die Flüchtlingen von Landminen drohenden Gefahren zu reduzieren oder zu beseitigen;

(jj) *anerkannte* die Bedeutung, den Zugang zu aktuellen und verlässlichen Informationen über Vertreibungen zu gewährleisten, um dadurch auf allen Ebenen einer Flüchtlingssituation Lösungen zu fördern, und bekräftigte diesbezüglich seine Unterstützung des anhaltenden Bemühens der Hochkommissarin, Strategien zur Informationsvermittlung und Datenbanken zu entwickeln, mit denen neue Herausforderungen mit dafür relevanten Informationsquellen angegangen werden können;

(kk) *nahm* mit Zufriedenheit die Aktivitäten von UNHCR bezüglich der Förderung und Verbreitung des Flüchtlingsrechts und der Rechtsschutzprinzipien zur Kenntnis und forderte die Hochkommissarin auf, die Förderungs- und Ausbildungsmaßnahmen des Amtes mit aktiver Unterstützung der Staaten und durch vermehrte Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen, wissenschaftlichen Einrichtungen, einschließlich des internationalen Instituts für humanitäres Recht in San Remo, und anderen relevanten Organisationen innerhalb und außerhalb des Systems der Vereinten Nationen weiter auszudehnen und zu verstärken;

(ll) *begrüßte* die wachsende Zusammenarbeit der Hochkommissarin mit dem Hochkommissar für Menschenrechte und ihre fortdauernde Kooperation mit dem Zentrum für Menschenrechte und forderte UNHCR auf, sein aktives Engagement in und seine Zusammenarbeit mit der Menschenrechtskommission fortzuführen;

(mm) *erkannte* den anhaltenden Nutzen von zwischen den Sitzungen stattfindenden Zusammenkünften des Unterausschusses für internationalen



Rechtsschutz und *ersuchte* die Hochkommissarin, zumindest eine solche Zusammenkunft einzuberufen, um aktuelle Rechtsschutzfragen zu diskutieren, und über die Fortschritte in den Beratungen des Unterausschusses auf seiner 46. Sitzung zu berichten.